

Das Wochenmagazin der SPÖ www.spoe.at



Aktuelle

26. März 2010 · Nr. 11 · 0,70 €

Gastkommentar von Gabriele Schmid zu bildungspolitischen Herausforderungen 2020



Bundespräsidentenwahl 2010

Politik braucht ein Gewissen

Das Rennen um die Hofburg hat nun begonnen. Bei der Auftaktveranstaltung zum Bundespräsidentenwahlkampf im Museum für angewandte Kunst war die große Beliebtheit Heinz Fischers deutlich zu spüren. Mehr als tausend Unterstützer feierten mit ihm und bekannten sich zu seinem Motto: „Unser Handeln braucht Werte“, unter dem seine Wiederkandidatur steht. Fischers Anhänger kommen aus Politik, Wirtschaft und Kultur und – das zeigt, dass er über alle Grenzen hinweg beliebt ist – aus der Jugend. Eine eigene Jugendkampagne basiert auf dem großen Interesse junger Menschen an den gerade heute so wichtigen Werten wie Gerechtigkeit und Menschenwürde, die Heinz Fischer vermittelt. Einen Eindruck von der positiven und begeisterten Stimmung verschafft unser ausführlicher Artikel über die Events mit dem Bundespräsidenten.

Die Mindestsicherung kommt. Diesem Umstand – eine langjährige SPÖ-Forderung wurde damit erfüllt – zollen wir mit einem Serviceteil Tribut. Rechenbeispiele erläutern, wem die Mindestsicherung was bringt.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

Bundespräsidentenwahl-Auftakt	4
Fekter enthält sich	
Briefwahl-Infos vor	6
Mindestsicherung	7
Volksbefragung zu Asyl-Erst-	
aufnahmezentrum	8
„Österreich 2020“	9
Gastkommentar von Gabriele Schmid	
zu bildungspolitischen	
Herausforderungen 2020	14

Lebensmittelsicherheit: Warnung schon bei Verdacht

Gesundheitsminister Alois Stöger will das Lebensmittelsicherheitsgesetz verbessern. Eine Novelle soll es dem Ministerium in Zukunft ermöglichen, schon bei dringendem Verdacht, dass ein Lebensmittel eine Krankheit auslöst, eine öffentliche Warnung durch die Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (AGES) zu veranlassen. Bisher konnte das Ministerium nur bei Vorliegen eines amtlichen Gutachtens und nur dann warnen, wenn es der Unternehmer unterließ. Künftig sollen die Behörden rascher, etwa mittels Pro-

Innovativste Länder

Rangliste anhand 29 Indikatoren für Innovationsleistung

1		Schweden	Top
2		Finnland	
3		Deutschland	
4		Großbritannien	
5		Dänemark	
6		Österreich	
7		Luxemburg	Gut
16		EU-27	

Quelle: APA / EU

Infrastrukturministerin Bures will unter die Top-Drei der EU

Österreich belegt im aktuellen Europäischen Innovationsanzeiger der EU-Kommission den sechsten Platz. Infrastrukturministerin Doris Bures sieht darin eine Bestätigung für den eingeschlagenen Weg in der Forschungs- und Technologiepolitik. Zufrieden geben will sich Bures damit aber nicht: „Erklärtes Ziel ist und bleibt, zu den drei innovativsten Volkswirtschaften Europas zu gehören“.

mitreden.spo.e.at

Meinungsforum:

Braucht unser Handeln Werte?

Die Wiederkandidatur von Heinz Fischer als Bundespräsident steht unter dem Motto „Unser Handeln braucht Werte“.

Diskutieren Sie unter www.spo.e.at mit, ob Österreich gerade in schwierigen Zeiten einen Bundespräsidenten braucht, der Werte wie Gerechtigkeit, Menschenwürde und Demokratie glaubwürdig vertritt.



Mehr Kinderbetreuungsplätze, weniger Direktförderungen

SPÖ will Rechtsanspruch auf Pflege-Teilzeit

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek kann sich vorstellen, den Alleinverdienerabsetzbetrag für Paare abzuschaffen, die keine Kinder (mehr) zu betreuen haben. Dadurch würden 60 Mio. Euro frei. „Damit könnten wir Zigtausende neue Kinderbetreuungsplätze und Arbeitsplätze schaffen“, sagt sie. Heinisch-Hosek betont, dass es keinesfalls darum gehe, die Budgetmittel für Familien zu kürzen. Vielmehr solle innerhalb der Familien umverteilt werden, um die „Barcelona-Ziele“ der EU (u.a. mehr Betreuungsplätze) zu erreichen.

Zitat der Woche

„Was mich ärgert ist, wenn in schwierigen Zeiten, die ÖVP und Finanzminister Pröll die Bevölkerung mit weiteren Steuern und Teuerungen verängstigen, während Spekulanten auf den weltweiten Finanzmärkten munter weiter spekulieren.“

SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer

Bilderbox



Künftig soll bei geborgtem Geld u.a. sorgfältig geprüft werden, ob man sich den Kredit auch leisten kann.

Mehr Rechte bei Krediten

„Das neue Verbraucherkreditgesetz wird zu zahlreichen Verbesserungen führen“, betont Sozialminister Rudolf Hundstorfer bezüglich dem neuen Gesetz, mit dem die Verbraucherkredit-Richtlinie der EU in Österreich umgesetzt wird. Erfasst sind alle Arten von Krediten, Kontoüberziehung, Ratenzahlung und Leasing. Verbessert werden unter anderem das Rücktrittsrecht, Rückzahlungsmodalitäten und Informationspflichten, die eine europaweite Vergleichbarkeit ermöglichen sollen. Kostenlos zurücktreten kann man von einem Privatkredit künftig innerhalb von 14 Tagen ab Abschluss des Kreditvertrages.



STANDPUNKT

Gerechte Einnahmen statt undifferenzierte Massensteuern – oder: „Gute“ versus „böse“ Steuern

Wir müssen das Budget konsolidieren, das sind wir den nächsten Generationen schuldig. Die Konsolidierung ist aber auch eine Frage von verantwortungsvoller und professioneller Politik. Eine rein ausgabenseitige Konsolidierung würde unsoziale Sparpakete auf dem Rücken der Masse bedeuten. Deshalb ist ein Mix aus einnahmenseitigen und ausgabenseitigen Maßnahmen richtig.



Millionen Menschen arbeitslos gemacht haben und die der Grund dafür sind, dass die Staatshaushalte quer über dem Globus dringend konsolidiert werden müssen. Einfach zur Tagesordnung überzugehen ist das, was die Konservativen wollen. Wir Sozialdemokraten werden aber die Frage nach der Verantwortung für diese Krise stellen: Wer waren die Verursacher dieser Krise? Denn die Antwort auf diese Frage macht klar, wer für die notwendige Reparaturarbeit aufkommen soll – nämlich jene, die sie mit verursacht haben.

Daraus lässt sich folgern, dass man zwischen „guten“, sprich gerechten Steuern, auf der einen Seite, und „bösen“ Steuern auf der anderen Seite, also Steuern, die undifferenziert die breite Masse belasten, unterscheiden muss.

„Gute“ Steuern sind gerechte Steuern

Dazu gibt es bereits zielgerichtete Vorschläge der SPÖ: das Streichen der Spekulationsfrist, eine Reform der Gruppenbesteuerung, eine Vermögenszuwachssteuer bei Aktien, eine Banken-Solidarabgabe, eine Finanztransaktionssteuer, ein höherer Zwischensteuersatz bei Stiftungen und eine Begrenzung der steuerlichen Absetzbarkeit bei Managergagen.

Die Reaktion auf solche Vorschläge für gerechte Steuern ist eine schon bekannte vorausseilende Furcht. Da wird behauptet, dass das Kapital, die Unternehmen, die Banken und die Manager ins Ausland flüchten – aber wohin sollen sie gehen? Österreich kann selbstbewusst sein. Banken und Unternehmen sind in Österreich, weil sie stabile Verhältnisse vorfinden, weil es hier gut ausgebildete Arbeitnehmer gibt, und nicht zuletzt, weil Österreich ein sicheres Land ist.

„Böse“ Steuern hingegen sind jene, die diejenigen belasten, die die Krise nicht verursacht haben: die Arbeitnehmer, die breite Masse, die sozial Schwachen und die Mittelschicht. Maßnahmen also, die jeden Österreicher belasten, undifferenziert nach dem Gießkannenprinzip.

Selbst unter dem Deckmantel der „Ökologisierung“ können sich sozial ungerechte Steuern verbergen; wenn sie zum Ziel haben, Sprit- und Heizkosten teurer zu machen, als sie bereits sind. Es wäre ungerecht jedem Österreicher dort Geld aus der Tasche zu ziehen, wo es am nötigsten gebraucht wird.

Jetzt bietet sich die historische Chance neben den ausgabenseitigen Maßnahmen, durch gerechte Einnahmen das Budget zu sanieren. Wir müssen sie nutzen. Banken-Solidarabgabe, Finanztransaktionssteuer, eine Reform der Gruppenbesteuerung, Finanzvermögenszuwachssteuer, eine stärkere Besteuerung von Stiftungen sowie das Schließen von Steuerschlupflöchern und -privilegien: Das sind Maßnahmen, die nicht die hart arbeitende Bevölkerung oder Hilfsbedürftige belasten, sondern jene, die für die Misere der Wirtschaftskrise mitverantwortlich sind. Die Arbeitnehmer haben die Krise ganz sicher nicht verursacht. Außerdem können wir dieses historische Fenster nutzen, um die richtigen Lehren aus den Ursachen der Krise zu ziehen.

Manche Politiker erwecken dieser Tage den Eindruck, es lieber den Banken recht machen zu wollen als für die Interessen der Bevölkerung einzutreten. Anders lassen sich manche Drohrufe nicht erklären. Diesen Politikern sei gesagt: Angst ist kein guter Wegbegleiter in der Politik – es gibt keinen Grund sich vor den Banken und Großunternehmen zu fürchten. Wenn schon fürchten, dann vor der Frustration der Menschen und vor der nächsten Krise. ♦

Es geht bei den notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen um Gerechtigkeit: Diejenigen, die die Krise mit verursacht haben, sollen dafür aufkommen.

Österreich musste viel Löschwasser aufwenden, um die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise möglichst gering zu halten. Was der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung durch aktive Konjunktur- und Kaufkraftstärkung ohne Zweifel gut gelungen ist – wie die Fakten eindrucksvoll beweisen. Immerhin haben wir die zweitniedrigste Arbeitslosigkeit und die zweitgeringste Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Kein Grund zu übertriebener Freude, weil jeder Arbeitslose, einer zuviel ist. Allerdings zeigen uns diese Fakten, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Aber was ist nach der Krise? Das neoliberale Paradigma mit waghalsigen Spekulationen, kurzfristigem Profitstreben sowie einem systematischen Zurückdrängen des Sozialstaates ist für die Krise hauptverantwortlich. Es waren die Gier von Spekulanten und unregelmäßige Finanzmärkte, die weltweit

WAHLKAMPFAUFTAKT

„Gemeinsam können wir

Mit zahlreichen Anhängern und Freunden feierte der amtierende Bundespräsident Heinz Fischer den Wahlkampfauftakt für seine Wiederkandidatur. Er betonte: „Gemeinsam können wir es schaffen“

sident Dr. Heinz Fischer



Heinz Fischer wurde von mehr als tausend Freunden, Weggefährten und Unterstützern mit heftigem Applaus begrüßt und mit Standing-Ovations geehrt.

„Ich bin überzeugt davon, dass wir gemeinsam erfolgreich sein werden.“

Bundespräsident Heinz Fischer

Mehr als tausend Menschen sind ins Museum für angewandte Kunst (MAK) gekommen, um den Bundespräsidenten auf dem Weg in eine nächste Amtsperiode zu begleiten. Auch zahlreiche Ehrengäste, wie Bundeskanzler Werner Faymann, Wiens Bürgermeister Michael Häupl oder Pensionistenverbandspräsident Karl Blecha ließen es sich nicht entgehen, den amtierenden Bundespräsidenten zu unterstützen. In ei-

nem Ambiente voller Optimismus wurde Heinz Fischer von seinen vielen Unterstützerinnen und Unterstützern mit tosendem Applaus und Standing-Ovations begrüßt und gefeiert.

Fischer betonte in seiner Rede seine Überparteilichkeit und sagte: „Ich bin überzeugt davon, dass wir gemeinsam erfolgreich sein werden.“ Dass Fischers Kandidatur von einem überparteilichen Personenkomitee unterstützt wird, begründet er mit „Weil ich in meinem Amtsverständnis unbedingt treu bleiben will.“ Anlässlich seiner Wahl habe er alle politischen Funktionen einschließlich seiner Parteimitgliedschaft niedergelegt. „Seit der Angelobung am 8. Juli 2004 war und bin ich Bundes-

präsident aller Österreicherinnen und Österreicher“, so Fischer.

Demokratie und Friede im Mittelpunkt

Fischer betonte, dass ihm die Ablehnung aller totalitären Systeme und eine gemeinsame demokratische Zukunft in einem friedlichen Europa wichtig seien. Bezüglich der am 25. April stattfindenden Wahl stellte er wichtige Fragen: „Warum sollten die Erfahrungen, die der Bundespräsident in den vergangenen sechs Jahren erworben hat und das Vertrauen, das ihm im In- und Ausland entgegengebracht wird, nicht für weitere sechs Jahre im

es schaffen“

„Nützen Sie Ihr Wahlrecht und wählen Sie nicht weiß, sondern wählen Sie im Interesse von Rot-Weiß-Rot.“

Bundespräsident Heinz Fischer



Bundeskanzler Werner Faymann appellierte an die Wählerinnen und Wähler: „Es gibt keinen Grund, nicht zur Wahl zu gehen oder weiß zu wählen. Es gibt aber viele Gründe, Heinz Fischer zu wählen.“

Interesse unseres Landes genutzt werden? Kann man sich wirklich wünschen, dass ausgerechnet beim Bundespräsidenten fehlende Glaubwürdigkeit durch eidesstattliche Erklärungen ersetzt werden muss?“

Klare Worte in dieser Sache fand auch Bundeskanzler Werner Faymann. „Es ist wichtig, dass eine Person an der Spitze Österreichs steht, die ausgleicht, die Respekt und Menschenwürde im Herzen trägt und es nicht notwendig hat, Erklärungen über die Geschichte unseres Landes abzugeben“, betonte Faymann.

Vom Wahlrecht Gebrauch machen

Stellvertretend für viele erklärten in einer Diskussionsrunde die Journalistenlegende Hugo Portisch, die frühere Grünen-Chefin Freda Meissner-Blau, der ehemalige Generalsekretär der Industriellenvereinigung Herbert Krejci, die Schriftstellerin Christine Nöstlinger und Volkstheater-Aufsichts-

ratspräsidentin Sabine Letz, warum sie sich für Heinz Fischer engagieren.

Fischer und Faymann appellierten an die Wählerinnen und Wähler, vom Wahlrecht Gebrauch zu machen. „Nützen Sie Ihr Wahlrecht und wählen Sie nicht weiß, sondern wählen Sie im Interesse von Rot-Weiß-Rot“, sagte Fischer. Abschließend nutzte er die Gelegenheit, sich bei der Bevölkerung und seinen Unterstützerinnen und Unterstützern zu bedanken. Sehr persönliche Worte richtete Fischer an seine Frau Margit und bedankte sich für ihre „unglaublich wertvolle Unterstützung“.

Nach der Veranstaltung im MAK ging es weiter ins „Badeschiff“ am Wiener Donaukanal. Dort hieß es „Leinen los für heif2010“, als der Startschuss für die eigene Jugendkampagne fiel. Beim Eintreffen wurde Fischer mit viel Applaus empfangen. Anschließend diskutierte er angeregt mit Jugendlichen zwischen Rockmusik und Discokugeln. Im „Badeschiff“ wurde auch erstmals die Aktion „Hofburg on Tour – Sag Österreich deine Meinung“ präsentiert. ♦

Heinz Fischers besonderer Dank gilt seiner Frau Margit für ihre wertvolle Unterstützung während der 2.055 Tage, die er bisher als Bundespräsident im Amt ist.



Fotos: Pertramer (3), Tadic (3)

WAHLKAMPF

Fekter enthält Bürgern Wahl- informationen vor

ÖVP-Innenministerin Fekter weigert sich, den Bürgerinnen und Bürgern Informationen über die Bundespräsidentenwahl zukommen zu lassen. Für SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter ist das ein „demokratiepolitischer Skandal ersten Ranges“.

„Es kann nicht sein, dass Innenministerin Fekter ihr Amt dazu benützt, der Bevölkerung Wahlinformationen vorzuenthalten.“

**SPÖ-Bundesgeschäftsführer
Günther Kräuter**

Dass sich Fekter gegen Bürgerinformationen für die Bundespräsidentenwahl am 25. April sperrt, ist auch deswegen vehement zu kritisieren, weil es gravierende Neuerungen bei der Briefwahl gibt, die mit dem Wahlrechtsänderungsgesetz 2010 beschlossen wurden. Konkrete Neuerungen sind zum Beispiel die Erleichterung der Briefwahl oder die Übernahme der Portokosten durch den Staat (mehr dazu im Info-Kasten). Die ÖVP-Innenministerin allerdings schaltet auf stur und bleibt bei ihrem Nein zu Bürger- und Wahlinformationen. SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter stellt dazu klar: „Auch wenn die ÖVP offensichtlich Phantomschmerzen wegen der Nichtkandidatur bei der Bundespräsidentenwahl



SPÖ

Ist fassungslos über das Vorgehen von ÖVP-Innenministerin Fekter bei der Bürgerinformation zur Präsidentenwahl: SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter.

hat, kann es nicht sein, dass die Innenministerin ihr Amt dazu benützt, der Bevölkerung Wahlinformationen vorzuenthalten.“

Parlamentarische Anfrage an Fekter

Kräuter erinnert Fekter auch daran, dass das Innenministerium bei der EU-Wahl 2009 sehr wohl Informationen über Neuerungen im Wahlrecht an alle Haushalte geschickt hatte. Was in der Sache gut war und auch jetzt aus demokratiepolitischen Gründen mehr als angebracht wäre, hatte damals freilich einen parteipolitischen Hintergrund. Die vom Innenministerium versandte Infobroschüre zur EU-Wahl war vom Design her identisch mit der Wahlwerbung des damaligen ÖVP-EU-Spitzenkandidaten Strasser. Kräuter erstattete damals Anzeige wegen Verdachts auf Amtsmissbrauch, allerdings verschimmelte diese Sachverhaltsdarstellung seit 1. Juni 2009 in den Schubladen der Justizbehörden, so der SPÖ-Bundesgeschäftsführer. Außerdem erinnert Kräuter daran, dass Fekter in einer parlamentarischen Anfragebeantwortung Briefwahlinformationen auch für andere Wah-

len angekündigt habe. Damals hatte Fekter noch vollmundig getönt: „Die Verteilung der Folder war außerordentlich erfolgreich. Als Konsequenz daraus sollten auch bei zukünftigen Wahlen Folder zur Verteilung gebracht werden.“ Heute allerdings will sich Fekter an diese Aussage offenbar nicht mehr erinnern und verweigert die so wichtigen Bürgerinformationen mit dreisten Ausreden. Angesichts dieses demokratiepolitischen Skandals ist Kräuter fassungslos. Schließlich gibt es gerade bei der Briefwahl einen großen Informationsbedarf bei den Wahlberechtigten. „Da geht es um geschätzte 15 Prozent Wahlbeteiligung auf oder ab. Es ist offensichtlich, dass die Wahlbeteiligung gedrückt werden soll, weil die ÖVP keinen Kandidaten hat. Hätte sie einen, gäbe es dicke Broschüren“, so Kräuter, der von einem „Anschlag auf die Bemühungen aller aufrechten Demokraten, die sich um sinkende Wahlbeteiligungen Sorgen machen“, spricht. Daher will der SPÖ-Bundesgeschäftsführer jetzt in einer parlamentarischen Anfrage von Fekter wissen, ob „aus parteipolitischen Motiven mangels ÖVP-Kandidatur die Wahlbeteiligung möglichst gering gehalten werden soll“.

HINTERGRUND

Wichtige Änderungen bei der Briefwahl:

- ▶ Neugestaltung der Wahlkarte
- ▶ Erleichterungen für Menschen mit besonderen Bedürfnissen: Beantragung eines „Wahlkarten-Abonnements“
- ▶ Verbesserungen im Datenschutz: Karte hat verschließbare Lasche, so dass persönliche Daten nicht mehr von außen ersichtlich sind
- ▶ Portokosten übernimmt der Staat
- ▶ Automatische Zusendung einer Wahlkarte für Menschen, die wegen körperlicher Gebrechen nicht in der Lage sind, ein Wahllokal zu besuchen.

SOZIALPOLITIK

Was bringt die Mindestsicherung?

Im September wird die bedarfsorientierte Mindestsicherung eingeführt: ein sozial-politischer Meilenstein.

Mit der bedarfsorientierten Mindestsicherung will die Regierung die von Bundesland zu Bundesland unterschiedlichen Sozialhilfe-Systeme vereinheitlichen. Die Höhe der Mindestsicherung orientiert sich an der sogenannten Ausgleichszulage (Mindestpension). Diese beträgt – abzüglich der Sozialversicherungsbeiträge – derzeit monatlich 744 Euro netto für Einzelpersonen und 1.116 Euro für Paare. Bis zum dritten Kind kommen weitere 134 Euro pro Kind dazu; ab dem vierten Kind sind es 112 Euro.

Bevor die Mindestsicherung bezogen wird, muss das eigene Vermögen (auch Erbschaften) bis zu einem Freibetrag von 3.720 Euro aufgebraucht werden. Behalten dürfen die Bezieher ihre Wohnung – sofern diese „angemessen“ ist. Bei einem längeren Bezug der Hilfe trägt sich allerdings die Behörde bei Wohnungseigentum ins Grundbuch ein. Sie kann sich das Geld beim Verkauf oder später von den Erben zurückholen.

Ein Auto darf man nur behalten, wenn man es berufs- oder behinderungsbedingt braucht. „Die Mindestsicherung ist als vorübergehende Hilfe, als Sprungbrett zurück in den Arbeitsmarkt gedacht, nicht als Wahlmöglichkeit zur Erwerbstätigkeit“, betont Sozialminister Rudolf Hundstorfer. Wer sich weigert zu arbeiten, muss mit Leistungskürzungen und im Extremfall mit dem Entfall des Leistungsanspruchs rechnen. Ausnahmen gibt es nur bei Personen, die Kinder bis zum dritten Lebensjahr oder pflegebedürftige Angehörige betreuen.

Etwa 270.000 Menschen werden von der Mindestsicherung profitieren. Neben Österreichern haben EU-Bürger (mit Ausnahmen bei den neuen Mitgliedstaaten) Anspruch auf die Mindestsicherung. Drittstaatsangehörige können sie dann beziehen, wenn sie mehr als fünf Jahre in Österreich gelebt und gearbeitet haben. Laut Sozialministerium werden Ausländer nicht stark profitieren; Migranten seien unter den Sozialhilfebezieheren unterrepräsentiert. ♦

Picturedesk



Sozialminister Rudolf Hundstorfer betont, dass die beschlossene Mindestsicherung das Sozialsystem missbrauchs-fester macht.

FALLBEISPIELE

Vollsozialhilfeempfänger: Robert M., 21, hat seine Matura mit ausgezeichnetem Erfolg abgeschlossen und auch die ersten Semester seines Studiums erfolgreich absolviert. Aufgrund einer schweren Erkrankung muss er sein Studium abbrechen. Er kann anschließend auch keiner Erwerbstätigkeit mehr nachgehen.

Grundbetrag	558,- Euro (75% des Mindeststandards v. 744,-)
Wohnkostenanteil	186,- Euro (25% des Mindeststandards v. 744,-)
Anspruch inkl. Wohnkostenanteil	744,- Euro

Alleinerzieherin: Susanne H., Alleinerzieherin mit zwei minderjährigen Kindern, arbeitet als Teilzeitkraft (20 Stunden) bei einer Handelskette und bezieht ein monatliches Nettoeinkommen von 500 Euro. Für die Kinder leistet der ehemalige Lebensgefährte und Vater der Kinder einen Unterhalt in Höhe von 200 Euro. Sie kann aufgrund ihrer Betreuungspflichten keine Vollzeitbeschäftigung aufnehmen.

Grundbetrag	759,- Euro (75% des Mindeststandards für 1 Erw. und 2 Kinder, = 744 + 2x 134)
Wohnkostenanteil	253,- Euro (25% des Mindeststandards für 1 Erw. und 2 Kinder)
Eigenes Einkommen	500,- Euro (wird vom Grundbetrag abgezogen)
Unterhalt für Kinder	200,- Euro (wird vom Grundbetrag abgezogen)
Anspruch inkl. Wohnkostenanteil	312,- Euro

Familie: Familie A. hat zwei Kinder, der Familienvater ist arbeitslos und bezieht eine Leistung aus der Arbeitslosenversicherung in Höhe von 800 Euro. Frau A. verfügt über kein eigenes Einkommen.

Grundbetrag	1.038,- Euro (75% des Mindeststandards für Paare und 2 Kinder, = 1.116 + 2x 134)
Wohnkostenanteil	346,- Euro (25% des Mindeststandards für Paare und 2 Kinder)
Arbeitslosengeld	800,- Euro (wird vom Grundbetrag abgezogen)
Anspruch inkl. Wohnkostenanteil	584,- Euro

ASYL

Südburgenländische Volksbefragung bringt klares Ergebnis

Mit großer Mehrheit haben die Südburgenländer ein Erstaufnahmezentrum abgelehnt. Das ist auch ein Votum gegen abgehobene Politik.

„Das Ergebnis der Volksbefragung ist ein Sieg für Demokratie und Vernunft.“

Landeshauptmann Hans Niessl

Für SPÖ-Landeshauptmann Hans Niessl ist das Ergebnis der Volksbefragung im Südburgenland ein „Sieg der Demokratie und der Vernunft“. Die Bevölkerung hat sich mit 94,5 Prozent klar gegen die Errichtung eines Asylerrstaufnahmezentrums ausgesprochen. „Der ÖVP-Plan des überdimensionierten Asylzentrums wäre zum Schaden der Region und der Asylsuchenden gewesen“, begründet der burgenländische SPÖ-Landesgeschäftsführer Robert Hergovich die deutliche Ablehnung des Projekts. Für SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas ist das Ergebnis auch eine unmissverständliche Absage an die „Retro-Politik des Drüberfahrens von Innenministerin Fekter“.

Für Niessl und Rudas steht fest, dass sich die Innenministerin nun unbedingt an

die Entscheidung der Südburgenländer zu halten hat.

Absage an abgehobene Politik

Die Beteiligung an der Volksbefragung von mehr als 27 Prozent übertraf die Erwartungen. Für Rudas „ein deutliches Zeichen dafür, dass direkte Demokratie dem Bedürfnis der Menschen entspricht, Politik selbst mitzugestalten“. Politik über die Köpfe der Menschen hinweg und hinter dem Rücken

„Der Retro-Politik des Drüberfahrens von Innenministerin Fekter wurde eine klare Absage erteilt.“

SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas

der betroffenen Landespolitiker müsse der Vergangenheit angehören, forderte die SPÖ-Bundesgeschäftsführerin. Am Rande der Volksbefragung haben sich einige unappetitliche Details zugetragen: „Nach unserer Information hat kein einziger schwar-



Lehmann

Das eindeutige Votum gegen ein überdimensioniertes Asylzentrum ist für LH Hans Niessl ein „Sieg der Demokratie und der Vernunft“.

zer Bürgermeister im Südburgenland seine Gemeinde in einer amtlichen Mitteilung über die Volksbefragung informiert“, sagt Hergovich. Außerdem seien in einigen Gemeinden die Öffnungszeiten der Wahllokale bewusst ungünstig angesetzt worden. Teilweise wurden sogar die Mindestöffnungszeiten nicht eingehalten. ♦

NS-VERBOTSGESETZ

Wiener Akademikerbund außer Rand und Band

Ein skandalöses Schreiben des ÖVP-nahen Wiener Akademikerbundes sorgt für Aufregung. Darin wird die ersatzlose Streichung des NS-Verbotsgesetzes, der Fristenlösung sowie des Gleichbehandlungsgesetzes gefordert.

SPÖ



SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas kritisiert ein Schreiben des Wiener Akademikerbundes, worin dieser eine „ersatzlose Aufhebung“ des NS-Verbotsgesetzes, der Fristenregelung und des Gleichbehandlungsgesetzes fordert. „Der Akademikerbund hat in diesen Fragen dringenden Aufklärungsbedarf“, so Rudas. Dass wichtige Errungenschaften der Republik in Frage gestellt werden, ist für die SPÖ-Bundesgeschäfts-

führerin untragbar. „Ich empfehle dem Akademikerbund, sich eingehend mit den Themen Nationalsozialismus und Gleichberechtigung auseinanderzusetzen“, so Rudas.

SPÖ-Bundesfrauengeschäftsführerin Andrea Mautz betonte: „Wir dürfen es nicht zulassen, dass Frauenrechte mit Füßen getreten werden und die Grundwerte des Staates in Frage gestellt werden.“

Auf Druck der SPÖ haben sich ÖVP-Klub und die ÖVP-Spitze bereits distanziert. ♦

SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas verurteilt ein Schreiben des Wiener Akademikerbundes scharf.

„Sozialstaat nützt allen“

Absicherung bei Krankheit, Zusammenhalt der Gesellschaft und Teilhabechancen: All das sichert der Sozialstaat. Darüber hinaus wirkt sich ein aktivierender Sozialstaat positiv auf das Budget aus.

Ein klares Bekenntnis für den Sozialstaat legte Sozialminister Rudolf Hundstorfer bei einer Veranstaltung im Zuge des SPÖ-Zukunftsprojekts „Österreich 2020“ ab: „Wir brauchen Mut und nicht ein Zurückweichen des Staates in sozialen Fragen.“ Er betonte, dass die Zukunftsperspektiven in der Umverteilung der Arbeitszeit, dem Ausbau sozialer Dienstleistungen sowie in einem noch stärker aktivierenden Sozialstaat liegen. Der Minister, der Koordinator für den Bereich Soziales, Beschäftigung und Wirtschaft bei „Österreich 2020“ ist, sagte weiters: Der Sozialstaat nützt

allen. Er sichert jeden Einzelnen vor Risiken wie etwa Krankheit ab. Er schafft Teilhabechancen für alle. Er stärkt den Zusammenhalt der Gesellschaft und ist überdies ein positiver Standortfaktor, der Wohlstand und Produktivität fördert.“ Darüber hinaus wirke sich ein „aktivierender Sozialstaat“ positiv auf den Staatshaushalt aus.

Arbeitszeit muss umverteilt werden

Einmal mehr forderte der Sozialminister: „Wir müssen Überstunden in Jobs umwandeln.“ Darin sieht er ein „zentrales Arbeitsfeld für den Sozialstaat 2020“. Immer mehr Menschen seien prekär beschäftigt, aber gleichzeitig leiste jeder fünfte Beschäftigte trotz Wirtschaftskrise, Kurzarbeit und steigender Arbeitslosigkeit regelmäßig Überstunden. Davon arbeiten 33 Prozent mehr als zehn Überstunden und 17 Prozent mehr als 15 Überstunden pro Woche. Rund ein Viertel dieser Stunden blieben aber unbezahlt, so der Minister. „Die Arbeitswelt braucht neue Visionen“, sagte daher SPÖ-Wirtschaftssprecher Christoph Matznetter. Die Menschen wer-

den in Zukunft noch mehr als sie es heute schon sind, zum Teil selbstständig und zum Teil angestellt tätig sein – manche beides gleichzeitig. Wichtig sei in allen Fällen die soziale Absicherung, unterstrich Matznetter. Aufgabe der Politik sei es in Zukunft, „die Menschen dort abzuholen, wo sie gerade sind und Rezepte für eine völlig neue Arbeitswelt zu bieten“.

Bernhard Schwarz, Vorsitzender der Kommission zur langfristigen Pensionssicherung, betonte: „Die zentrale Schlüsselrolle des Sozialstaates ist die Entwicklung der Erwerbsarbeit.“ Er wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass aktuell 2,4 Millionen Pensionen in Österreich ausbezahlt werden, in einigen Jahrzehnten seien es aber 3,6 Millionen.

SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits ging auf das Thema Sozialpolitik ein und sagte: „Sozialpolitik muss Geschlechterpolitik sein.“ Ein erster Schritt in die richtige Richtung sei die Anrechnung von Kinderbetreuungszeiten auf die Pension gewesen. In Zukunft müsse nun Sorge getragen werden, dass die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen geringer werden. ♦



Diskutierten angeregt über den Sozialstaat im 21. Jahrhundert: Renate Csörgits, Rudolf Hundstorfer, Christoph Matznetter und Bernhard Schwarz.

„Wir brauchen Mut und nicht ein Zurückweichen des Staates in sozialen Fragen.“

Sozialminister Rudolf Hundstorfer



„Ein aktivierender Sozialstaat wirkt sich positiv auf den Staatshaushalt aus“, sagte Sozialminister Rudolf Hundstorfer.

Fotos: SPÖ Klub

TRANSPARENZDATENBANK

Zuerst Landwirtschaft, Wirtschaft und Vermögen durchleuchten

Die SPÖ will, dass in Sachen Transparenzdatenbank zuerst die Förderungen für die Wirtschaft, die Landwirtschaft und von Vermögen gesammelt werden.

Fotos: Fotolia, Zinner



SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter will, dass nicht nur die direkten, sondern auch die indirekten Förderungen ausgewiesen werden.

Es müssen nationale Förderungen der Landwirtschaft, direkte und indirekte Förderungen der Wirtschaft und Vermögensdaten auf den Tisch. Zug um Zug können dann auch Sozialtransfers wie Familienbeihilfe, Pflegegeld oder Pendlerbeihilfen in die Transparenzdatenbank eingearbeitet werden“, betont SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter. Im Bereich der Landwirtschaft ist etwa völlig unklar, wer über die 1,8 Mrd. Euro schwere EU-Förderung hinaus die insgesamt weitaus höhere nationale Förderung nach welchen Kriterien bezieht. Kräuter: „Hier werden direkte und indirekte Land-

wirtschaftsförderungen, von pauschalisierten Steuerersparnissen bis zur Unterbewertung des landwirtschaftlichen Eigentums im Fokus stehen.“ Für die rund 300.000 wirtschaftlichen Unternehmen stehen eine Auflistung der direkten Förderungen „von Zuschüssen über zinsbegünstigte Darlehen bis zu Haftungen“ sowie der indirekten Förderungen wie etwa Steuer- und Gebührenerleichterungen auf dem Programm. „Außerdem müssen im Einkommensbericht die Managergehälter und Bonifikationen im staatsnahen Bereich einzeln und namentlich ausgewiesen werden. Das kann angesichts der im Rech-

„Im Bereich der Landwirtschaft ist etwa völlig unklar, wer über die 1,8 Mrd. Euro schwere EU-Förderung hinaus die insgesamt weitaus höhere nationale Förderung nach welchen Kriterien bezieht.“

**SPÖ-Bundesgeschäftsführer
Günther Kräuter**

nungshof vorhandenen Daten sofort erfolgen. Im Vermögensbereich beginnen wir mit einer verpflichtenden Meldung von Privatstiftungen und Transparenz als ersten Schritt zu einer umfassenden Vermögensbetrachtung“, betont Kräuter. Die Erfassung des Vermögens sowie der Unternehmensbeteiligungen bei Privatstiftungen sei vordringlich, da für die von der SPÖ geforderte gerechtere Stiftungsbesteuerung entsprechende Daten rasch zur Verfügung stehen müssen.

Und schließlich bekräftigte Kräuter die Forderung nach Einkommenstransparenz in Betrieben mit mehr als 25 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern: „Das kann dazu beitragen, dass Frauen für die gleiche Arbeit endlich gleich bezahlt werden.“ ♦

VERKEHRSSICHERHEIT

Maßnahmen zeigen Wirkung

Im Jahr 2009 gab es so wenig Unfälle, Verletzte und Tote auf Österreichs Straßen wie schon seit 1961 nicht mehr.

Die Statistik über Straßenverkehrsunfälle im Jahr 2009 zeigt eine positive Entwicklung auf: Es gab 46 tödlich Verunglückte weniger auf Österreichs Straßen als 2008“, so Verkehrsministerin Doris Bures. Dennoch: 2009 kamen 633 Menschen im Straßenverkehr ums Leben. „Das ist ein Auftrag für uns, weiter daran zu arbeiten, menschliches Leid auf Österreichs Straßen zu minimieren“, so Bures. Ihre Maßnahmen für mehr Verkehrssi-

cherheit: höhere Strafen für Raser und Altkolenker, bewusstseinsbildende Kampagnen, auch speziell für Jugendliche, verstärkte technische Kontrolle für LKW und Aufklärung für die Sicherheit von Kindern im Straßenverkehr. Auf Initiative des Verkehrsministeriums werden Kindersicherungskurse angeboten und bei Verstoß gegen die Kindersicherungspflicht auch verordnet. Broschüren informieren über die richtige Sicherung. ♦



Die Verkehrssicherheit weiter auszubauen verspricht Ministerin Doris Bures bei der Pressekonferenz zur Unfallstatistik.

HBF

Kolumnen

Alles falsch gemacht

Elfriede Hammerls Kommentare sind voll von Witz und Ironie. Erstmals erscheinen ihre besten Kolumnen gesammelt in einem Band.

Hammerl kommentiert seit mittlerweile 25 Jahren in der Zeitschrift „profil“. Ihre Kolumnen sind zu einem Stück Zeitgeschichte geworden. Mit großem Engagement für sozial Benachteiligte und Randgruppen – wie zum Beispiel die Spezies Frau – kommentiert die Autorin darin mit Humor Szenen aus unserem Alltag. Die Themen der Texte sind aktuell wie eh und je. Einkommen sind noch immer ungerecht verteilt, Eliten verteidigen weiterhin ihre Bildungs-

privilegien und Quotenmänner besetzen immer noch Führungspositionen.

Gerne widmet sich Elfriede Hammerl auch medialen Erfindungen wie der „Power-Frau“, an der man vor allem eines gut zeigen kann: Frauen, denen es nicht spielend gelingt, Job und Familie unter einen Hut zu bekommen, und die bei gleicher Leistung weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen, haben eben einfach nur – alles falsch gemacht. ◆

Satire

Cordoba

Die Autoren des Buches berichten in einer humorvollen Art über das „Wunder von Cordoba“ und den Kampf der Kulturen.

Stellen Sie sich einen Laden für deutsche kulinarische Spezialitäten vor in dem es Sächsischen Kohlklump gibt und Schnudendunker und Tote Oma. Und das mitten in Österreich, wo an den Plakatsäulen und Hauswänden allerorts Sprüche wie „Frankfurter ja, Schweinfurter nein!“ auftauchen und man die Piefkes wie die Ladenbetreiberfamilie Moelke inzwischen ziemlich satt hat, denn die Deutschen sind mittlerweile bei den Neuzuwanderern an erster Stelle. Aber Tomaten heißen in der

Alpenrepublik immer noch Paradeiser, auch wenn im Salat letztlich alle gleich sind. Wenn der große und der kleine Bruder deutscher Sprache aufeinandertreffen, dann ist das eben immer ein Match. Wie damals. 1978. In Cordoba. Ein Kampf der Kulturen, bei der beide Seiten gnadenlos ihr Fett abkriegen, humoristisch zugespitzt und satirisch auf den Punkt gebracht von Rupert Henning und Florian Scheuba und dem Karikaturisten Gerhard Haderer. ◆

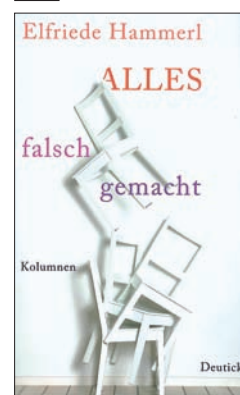
Reportage

Die Weltverschwörer

Dieses Buch entführt Sie in die Welt des Verschwörungsdenkens und durchleuchtet die faszinierende Geschichte der Verschwörungstheorien.

Was steckt hinter den Mythen über die Einflüsse der „Weltverschwörer“ auf Politik und Wirtschaft? Welche geheimen Gesellschaften gibt und gab es wirklich? Wo haben sie ihre Wurzeln? Was sind ihre Ziele, und wollen sie wirklich die Weltherrschaft an sich reißen? Geheime Gesellschaften machen Weltpolitik. Diese Behauptung findet sich in zahlreichen literarischen Werken und populärwissenschaftlichen Büchern, die die Hinter-

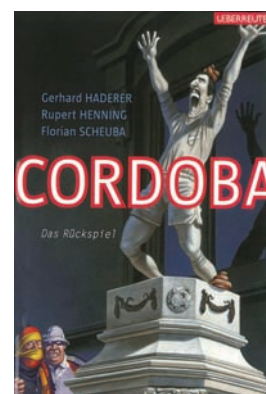
grundkräfte der Geschichte aufzeigen und ihr Wirken erklären möchten. Dahinter verbirgt sich die Vorstellung, dass geheime Mächte am Werk sind, die Politik gestalten und bestimmen, und dass die Welt von konspirativen Gruppen gelenkt wird. Helmut Reinalter beleuchtet die Geschichte der Verschwörungstheorien, geht auf ganz aktuelle Theorien ein und beurteilt sie kritisch aus der Perspektive des Aufklärers und Rationalisten. ◆

☐ Stk.


Elfriede Hammerl:

Alles falsch gemacht.

Deuticke im Paul Zsolnay Verlag, Wien 2010; 235 S., 18,40 €

☐ Stk.


R. Henning, F. Scheuba:

Cordoba: Das Rückspiel

Ueberreuter Verlag, Wien 2010; 103 S., 19,95 €

☐ Stk.


Helmut Reinalter:

Die Welt Verschwörer.

Was Sie eigentlich alles nie erfahren sollten.

Ecowin Verlag, Salzburg 2010; 184 S., 19,95 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



BURGENLAND

Voller Einsatz für Burgenlands Pendler



Gemeinsam mit roten Gewerkschaftern sucht Landeshauptmann Hans Niessl Lösungen für die Probleme der burgenländischen Pendler.

Seit dem Jahr 2000 wurden im Burgenland rund 10.000 zusätzliche Jobs geschaffen. Trotzdem pendeln zahlreiche Burgenländerinnen und Burgenländer täglich in benachbarte Bundesländer, um dort ihren Beruf auszuüben. In den vergangenen neun Jahren hat das Burgenland daher die Mittel für den öffentlichen Verkehr auf 14 Millionen Euro jährlich verdreifacht. Mit 4,5 Millionen Euro werden Pendler direkt unterstützt. Neben Förderungen für Bus und Bahn erhalten auch die Auto-Pendler Geld: „Allein für Fahrtkostenzuschüsse werden 500.000 Euro jährlich aufgewendet“, so SPÖ-Landeshauptmann Hans Niessl. Als „Öko-Schmäh“ entlarvt Niessl das neue ÖVP-Belastungspaket. „Es handelt sich um ein

reines Abkassieren der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“, so der Landeshauptmann. Er will auf keinen Fall zulassen, dass „die ÖVP die soziale Schieflage noch verstärkt und Klein- und Mittelverdienern noch das letzte Geld abnimmt“.

FSG: Situation der Pendler verbessern

Eine starke Verbündete beim Kampf für die Verbesserung der Situation der Pendler hat Niessl in der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter (FSG) Burgenland gefunden. „Gemeinsam mit Arbeiterkammer, Pendlerforum und Land Burgenland versuchen wir Arbeitnehmervertreter, die Situation der Pendler zu erleichtern und zu verbessern“, so Erich Mauersics von der FSG Burgenland. Die Forderungen sind klar: Es braucht leistbare Sprit- und Fahrtkostenpreise, gut ausgebauten öffentlichen Verkehr und ausreichend Park & Ride-Anlagen. ♦



Eine starke Allianz: LH Hans Niessl und Vertreter der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter kämpfen gemeinsam für eine Verbesserung der Situation der Pendler.

SPÖ

STEIERMARK

„Der Weg für den Aufschwung“



Top motiviert für die kommenden Landtagswahlen: LH Franz Voves will die SPÖ Steiermark nach Ostern auf einen gemeinsamen Sieg einswören.



Nach den Verlusten bei den Gemeinderatswahlen setzt Landeshauptmann Franz Voves alles daran die SPÖ Steiermark wieder auf Erfolgskurs zu bringen.

Die vergangene Gemeinderatswahl brachte für die steirische SPÖ „eine

schmerzliche Niederlage“, so Landeshauptmann Franz Voves. Für die kommenden Landtagswahlen im Herbst ist Voves trotzdem optimistisch und sein Kampfgeist ist ungebrochen: „Ich habe mich nicht die viereinhalb Jahre lang von den politischen Mitbewerbern ankübeln lassen, um nicht voll motiviert in die kommende Landtagswahl zu gehen.“ Dem steirischen SPÖ-Chef geht es jetzt darum seine Partei wieder so aufzustellen wie vor den erfolgreichen Wahlen im Jahr 2005.

Mit Freude und Emotion bei den Menschen

Bereits nach Ostern wird es eine Zusammenkunft mit allen Spitzenfunktionären der steirischen SPÖ geben. Stattfinden wird sie in Kapfenberg, der Gemeinde, die mit einem Minus von 20 Prozent die meisten Wählerstimmen ver-

„Es muss uns gelingen mit Freude und Emotion direkt bei den Wählerinnen und Wählern zu sein. Nur so kann man eine Wahl gewinnen.“

Landeshauptmann Franz Voves

loren hat. Es soll darum gehen, alle Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auf das „Gemeinsam siegen wollen“ einzuschwören, so Voves. Der Weg zu einem künftigen Wahlerfolg ist für den Landeshauptmann klar: „Es muss uns gelingen, mit Freude und Emotion direkt bei den Wählerinnen und Wählern zu sein. Nur so kann man eine Wahl gewinnen.“ Das tägliche Zugehen auf die Menschen sei unverzichtbar. Man müsse ihre Sorgen und Probleme ernst nehmen und konkrete Lösungen anbieten. Das sei es, was sich die Menschen in Zeiten der Krise von der SPÖ Steiermark erwarten, ist sich Voves sicher. ♦

WIEN

Wiener Frauen gegen Rosenkranz



Die überparteiliche Plattform organisiert Frauen aus Politik, Wirtschaft, Journalismus und Kultur gegen das rückschrittliche Frauenbild der blauen Präsidentschaftskandidatin.

Die Initiatorin der Plattform „Wiener Frauen gegen Rosenkranz“, Vorsitzende der Wiener SPÖ-Frauen, Vize-Bürgermeisterin Renate Brauner lässt keinen Zweifel an den Zielen der Initiative: „Wir Wienerinnen wollen gemeinsam ein Zeichen setzen gegen die untragbaren Aussagen und gegen die Verharmlosung von NS-Gedankengut durch Präsidentschaftskandidatin Barbara Rosenkranz.“ Auch das rückschrittliche Frauenbild der FPÖ-Politikerin ist



Vorsitzende der Wiener SPÖ-Frauen, Vize-Bürgermeisterin Renate Brauner macht gegen Anti-Feministin Rosenkranz mobil.

den prominenten Proponentinnen ein Dorn im Auge. „Wir Wienerinnen wollen keine Frau als Bundespräsidentin, die den Feminismus als ‚Irrweg‘ bezeichnet und deren Frauen- und Familienbild

mittelalterlich anmutet“, so Brauner.

Mitmachen und Statement abgeben

Unter www.frauengegenrosenkranz.at haben nun alle Frauen die Möglichkeit, mit Bildern und Statements ein Zeichen für Emanzipation, Gleichberechtigung und Toleranz zu setzen.

Damit ist man in guter Gesellschaft, der Plattform haben sich bereits am ersten Tag zahlreiche Frauen angeschlossen: Neben Journalistin und Verlegerin Desirée

Treichl-Stürgkh, Turmspringerin Anja Richter und Autorin Silke Hassler haben sich zahlreiche Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Kultur eingetragen. ♦

ROTE FALKEN

Vorurteile abbauen!



Stereotype beeinflussen unser Leben entscheidend. Die Roten Falken werfen einen genauen Blick auf die Funktion und die Auswirkungen von Vorurteilen.

In ihrer neuen Kampagne „Vorurteile abbauen!“ setzen sich die Roten Falken mit Stereotypen und ihren Auswirkungen auf unser Denken und Handeln auseinander. „Wir kämpfen dagegen, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen zu Sündenböcken gemacht werden. Wir richten uns mit unserer Kampagne bewusst an Kinder und Jugendliche, um schon früh der Bildung von rassistischen, frauenfeindlichen und menschenverachtenden Vorurteilen entgegenzutreten“, so Michael Schininger, Bundesvorsitzender der Roten Falken. Am Anfang steht dabei die Feststellung, dass kein Mensch frei von Vorurteilen ist. Sie dienen der Orientierung, helfen bei der Beurteilung von Situationen und sind so-



Die Roten Falken kämpfen mit ihrer neuen Kampagne gegen Vorurteile, Rassismus und Diskriminierung.

mit für uns „lebenswichtig“. Aber auch Rassismus, Diskriminierung und Ausgrenzung funktionieren aufgrund von vorgefertigten Meinungen. In den meisten Fällen handelt es sich dabei um negative Vorurteile, über eine gesellschaftliche oder ethische Gruppe. „Ausländer“, „Migranten“, „Arbeitslose“ oder „Asylanten“ sind Beispiele für Gruppen, mit denen bestimmte – meist negative – Eigenschaften in Verbindung gebracht werden.

DIE FAKTEN

Ziele der Kampagne „Vorurteile abbauen!“

- » Eigene Vorurteile hinterfragen
- » Ihren Einfluss auf Denken und Handeln begreifen
- » Ausgrenzung und Diskriminierung aufgrund von Vorurteilen sichtbar machen
- » Vorurteile hinterfragen und widerlegen
- » Rolle von Klischees und Vorurteilen in den Medien aufzeigen

Aufklärungsarbeit bereits im Kindesalter

Viele Vorurteile werden bereits im Kindesalter gebildet. Frühe Sensibilisierung und Aufklärungsarbeit sind daher unerlässlich. Besonders wichtig ist auch, das Selbstvertrauen junger Menschen zu stärken. Jugendliche mit einem gesunden Selbstwertgefühl lassen sich schwerer vereinnahmen und beeinflussen. ♦



QUERGESCHRIEBEN

Bildung ist Schlüssel für sozialen Zusammenhalt

Das Jahr 2020 scheint uns heute noch weit entfernt. Aber so wie ein riesiger Ozeandampfer Kilometer vor einem gewünschten Stopp bremsen muss, müssen die Weichen für ein erneuertes Bildungswesen in Österreich heute richtig ausgerichtet werden.



Es fehlt in Österreich an hoch bis höchst qualifizierte Menschen, hier muss unter anderem angesetzt werden.

„Es ist hoch an der Zeit, dass der sozialdemokratische Gedanke von einer Bildung, die uns freier, gleicher und als Gesellschaft sozialer macht, wieder an Boden gewinnt.“

Jahre bis Jahrzehnte vergehen, bis Reformen in Basisbildung, Schule oder Hochschule spürbare Wirkung auf Lernende zeigen. Lehre mit Matura etwa, ein vergleichsweise rasch umgesetztes, wenngleich sehr richtungsweisendes Projekt, wird in einem Zeitraum von vier Jahren erstmals eine nennenswerte Zahl an Absolventinnen und Absolventen hervorbringen können. Erst dann können Einschätzungen über den Erfolg des Projekts am Arbeitsmarkt und in der Persönlichkeitsentwicklung der Teilnehmenden getroffen werden. Schneller und flexibler können Projekte des lebensbegleitenden Lernens, und der Weiterbildung reagieren, weil hier oft der unmittelbare Druck des Arbeitsmarkts regiert.

Unbestritten ist: Bildung ist ein Schlüssel für Wohlstandszugewinn und sozialen

Zusammenhalt. Österreich braucht mehr hoch bis höchst qualifizierte Menschen, um wirtschaftliche Fortentwicklung und Wohlstandszuwachs sicherzustellen.

Österreich braucht mehr hoch bis höchst gebildete Menschen, um politische Teilhabe in einer demokratischen Gesellschaft zu entwickeln und den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Anfällig für die Verlockungen des billigen Populismus, oder der Fremdenfeindlichkeit sind immer noch zumeist jene, denen der Zugang zu Reflexion, zu Diskussion und Auseinandersetzung fehlt.

Österreichs Bildungspolitik droht auf mittlerem Niveau steckenzubleiben. Weiterhin gelingt es nur sehr zäh, mehr jungen Menschen aus Arbeiter- oder auch sozial benachteiligten Haushalten Zugang zu höherer und höchster Bildung zu verschaffen, die Potentiale junger Menschen zu entwickeln und Begeisterung für Wandel und Innovation beim Lernen zu entfachen.

Bis 2020 müssen die Ergebnisse der Arbeit des österreichischen Bildungswesens deutlich besser werden.

Und es ist hoch an der Zeit, dass der sozialdemokratische Gedanke von einer Bil-

dung, die uns freier, gleicher und als Gesellschaft sozialer macht, wieder an Boden gewinnt.

Die nach sozialdemokratischen Prinzipien und Vorstellungen ausgerichtete Bildung hebt sich vom Elitendünkel ab. Sie verbindet den humanistischen Bildungsbegriff mit arbeitsmarktpolitischen Erfordernissen und will die Lust und die Freude am Lernen in Gemeinschaft wiedererwecken.

Unabdingbar ist es für die SPÖ, Klarheit und Entschlossenheit in zentralen Fragen zu entwickeln: Sozialdemokratische Bildungspolitik wird über das Projekt „Österreich 2020“ nachvollziehbare Antworten auf folgende Fragen finden:

- » Was ist das wichtigste Ziel sozialdemokratischer Bildungspolitik bis 2020?
- » Wie kann die Erhöhung der Chancengerechtigkeit beim Zugang zu Bildung auf allen Bildungslevels nachweisbar gelingen?
- » Wie weit gibt es Freiheit in der Wahl der Bildungswege und wie weit soll es sie geben?
- » Wo braucht das Bildungswesen mehr Geld und wo besseres Management?
- » Wie gelingt die Balance zwischen arbeitsmarktagäquater Ausbildung und persönlichkeitsentwickelnder Allgemeinbildung?
- » Wie überzeugen wir relevante Mehrheiten von kompensatorischer Bildungspolitik, d.h. wo kann die Familie auf Dauer nicht mehr Nachhilfeeinrichtung sein?
- » Wo liegen die Grenzen staatlicher Förderung aus sozialdemokratischer Bildungssicht?
- » Wie fördern wir den Einzug von Geschlechtergerechtigkeit im österreichischen Bildungswesen?

Gabriele Schmid ist Leiterin der Abteilung Bildungspolitik der Arbeiterkammer Wien und zählt zur Gruppe der projektbegleitenden Expertinnen und Experten von „Österreich 2020“.

LESERBRIEFE

Steuern, Asyl und die Gemeinderatswahlen beschäftigten unsere Leser in den letzten Tagen. Einige der zahlreichen Reaktionen – teilweise gekürzt – finden sich hier wieder.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wenn die Banken spekulieren und Manager fett abkassieren, die Rechnung für die Krise, nicht die Verursacher bezahlen und die ÖVP-Mitglieder bei den Sozialleistungen sparen, Mitterlehner und Berlakovic kräftig ökologisieren, während andere in ihren Wohnungen wegen zu hoher Heizkosten frieren, dann sind wir angekommen in einer Welt, die dem Herrn Finanzminister Pröll außerordentlich gut gefällt. Vermögende können dann endlich in Frieden leben und die restliche Bevölkerung kann dem Staat munter die viel zu hohen Steuern abgeben.

Anita Holzer, Internet

Liebe Mitarbeiter der SPÖ!

Innenministerin Fekter hat ihr Ostergeschenk bereits letzten Sonntag von der Eberauer-Bevölkerung bekommen. Dass sie sich über das Nein zu einem dritten Asylzentrum gefreut hat, kann ich mir nicht vorstellen. Ich finde jedoch, dass der Osterhase und die Eberauer gute und vor allem gerechte Arbeit geleistet haben. Die Politik des „Drüberfahrens“ und der Kurs der Innenministerin wurden klar abgelehnt. Vielleicht hat die „eiserne Lady“ aus diesem „Eberau-Debakel“ gelernt, dass die Wahrheit doch am längsten währt und die Bevölkerung auch gerne in Entscheidungen einbezogen wird. Wie heißt es so schön: „Wer nicht hören will, muss fühlen.“

Maria Roth, Salzburg



Das Sujet der SPÖ Frauen-Kampagne „Karriere jetzt: Weiter auf der Leiter!“

Liebe SPÖ-Frauen!

Ich als Mann finde ihre Kampagne „Karriere jetzt: Weiter auf der Leiter!“ gut, wichtig und richtig. Es kann nicht sein, dass im 21. Jahrhundert Frauen für die gleiche Arbeit weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen. Mit Kampagnen wie dieser wird aufgezeigt und verdeutlicht, mit welchen Ungerechtigkeiten Frauen noch immer zu kämpfen haben. Ich bewundere die SPÖ Frauen für ihren unermüdlichen Einsatz und ihr Engagement in Sachen Frauenarbeit. Auch ich habe die Unterstützungserklärung zur Verankerung der Lohntransparenz im Gleichbehandlungsgesetz auf ihrer Homepage www.frauen.spoe.at bereits unterzeichnet und möchte auf diesem Weg die „SPÖ Aktuell“-Leser ermuntern, meinem Beispiel zu folgen. Macht weiter so und lasst euch nicht unterkriegen.

Gerhard Stelzinger,
Internet

Lieber Herr Bundeskanzler!

Auch wenn die letzten Gemeinderatswahlen nicht gut für die SPÖ ausgefallen sind, so bin ich doch fest davon überzeugt, dass Sie die SPÖ wieder zurück zum Erfolg führen können. Meine Unterstützung ist Ihnen auf jeden Fall sicher.

Helmut Herbst, Innsbruck

Liebe SPÖ!

Es ärgert mich, wenn von der ÖVP und dem Finanzminister ständig von neuen Steuern gesprochen wird und dass wir gemeinsam gegen die Krise ankämpfen müssen, während Spekulanten noch immer freie Bahn beim Anhäufen von Vermögen haben. Ich finde das Maßnahmenpaket der SPÖ sinnvoll und gerecht und hoffe sehr, dass sich die SPÖ hier durchsetzt.

Josef Stockinger, Villach

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Chefredakteur: Alexander Lutz, Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler, Redaktion: Markus Bacher, Mag^a Alexandra Bärthl, Mag^a Regine Bohm, Mag. Gerald Demmel, Mag^a Birgit Jung, Martin Oppenauer, Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber, Bildredaktion: Emil Goldberg, Layout: Thomas Lehmann, Coverfoto: Pertramer, Bildbearbeitung: Max Stohanzl, Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275, Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels & Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97 Hersteller: Leykam Druck, Wr. Neustadt, E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at

NET NEWS

www.oe2020.at

UserInnen am Wort

„Österreich 2020“ lebt. Das zeigen die aktuellen Statistiken rund ein Monat nach dem Launch des Online-Auftritts der Initiative von Bundeskanzler Werner Faymann. 45.000 Seitenzugriffe und 5.000 absolut eindeutige UserInnen zeigen das hohe Interesse an dem sozialdemokratischen Zukunftsprojekt. Fast 400 Personen haben sich auf der Online-Plattform registriert. 360 davon haben ebenfalls den oe2020-Newsletter abonniert.

Intensive Teilnahme

Dass die angebotenen Beteiligungsformen genutzt werden, zeigen die Statistiken ebenfalls. Derzeit diskutieren die User besonders intensiv zu den Themen „Demokratie“ und „Soziales“ sowie im oe2020-Blog. In den kommenden zwei Monaten wird der Fokus vor allem auf den Bereichen „Bildung“ und „Demokratie“ liegen. ♦





Oscar-Empfang im Kanzleramt

„Mit großem Stolz“ hat Bundeskanzler Werner Faymann jene heimischen Filmschaffenden im Bundeskanzleramt begrüßt, die in den vergangenen Jahren und vor drei Wochen bei der Oscar-Verleihung in Los Angeles nominiert waren. Neben den beiden Oscar-Preisträgern Stefan Ruzowitzky und Christoph Waltz waren auch die Nominierten Michael Haneke, Christian Berger und Götz Spielmann eingeladen. Faymann nutzte die Gelegenheit und gratulierte Haneke auch gleich zum Geburtstag.



Spatenstich im Burgenland

Nachdem in die Truppe investiert wurde, wird jetzt auch in die Kasernen investiert. „Es ist mir ein besonderes Anliegen, dass unsere Kadersoldaten ihre Ausbildung in modernen Lehrsälen erhalten können“, sagte Verteidigungsminister Norbert Darabos beim Spatenstich für ein neues Institutsgebäude der Heerestruppschule in der Benedek-Kaserne in Bruckneudorf. Am Festakt nahmen unter anderem auch Bundeskanzler Werner Faymann und Burgenlands Landeshauptmann Hans Niessl teil.



Alkohol im Abseits

Nach Niki Lauda unterstützt nun auch der SK Rapid Wien die Kampagne von Verkehrsministerin Doris Bures gegen Alkohol am Steuer. Rapid-Kapitän Steffen Hofmann: „Wer betrunken fährt, stellt sich ins Abseits. Darum: Rote Karte für Alkohol am Steuer.“

Ostereiersuche im Rathaus

Wiens Bildungsstadtrat Christian Oxonitsch hat sich im Rathaus auf die Suche nach Ostereiern begeben. Unterstützt wurde er dabei von 70 Kindergartenkindern. Weil die Kinder dabei viel Spaß hatten, verspricht Oxonitsch diese Aktion jedes Jahr für jeweils eine andere Kindergarten-Gruppe zu wiederholen.